



Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor den Osterferien ist noch einmal Zeit, auf die letzten Wochen zurückzublicken. Auf zwei Themen möchte ich an dieser Stelle kurz eingehen, die uns wohl uns auch über Ostern hinaus intensiv beschäftigen werden: Die vom Landtag beschlossene Abschaffung der Stichwahl und die Wohnungsbaupolitik.

Zentral bei der Abschaffung der Stichwahl war für uns folgendes Argument: Die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern ist gering. Das ist unbestritten. Die Wahlbeteiligung war in den zweiten Wahlgängen weit überwiegend und zum Teil erheblich geringer als im ersten Wahlgang. Wer von uns kennt nicht jemanden, der bei einer Stichwahl im Wahllokal saß und anschließend berichtete, es sei nichts, aber auch gar nichts los gewesen?

Zum Thema Wohnungsbaupolitik: Wer Forderungen nach Enteignungen ernsthaft als geeignetes Mittel gegen Wohnungsnot bezeichnet, handelt schlichtweg verantwortungslos. Durch Enteignungen oder die Verstaatlichung von Wohnungsgesellschaften entsteht keine einzige zusätzliche Wohnung. Ganz im Gegenteil: Durch Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe würde so weniger Geld für die öffentliche Förderung von Wohnraum, und damit für den Bau neuer Mietwohnungen, zur Verfügung stehen. Die NRW-Koalition und die Landesregierung haben auf die Problematik mit 1,3 Milliarden Euro reagiert, die in diesem Jahr für preisgebundenen Wohnraum in NRW zur Verfügung stehen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Kurzweil bei der Lektüre, hoffentlich entspannte Osterferien und natürlich ein frohes Osterfest.

Ihre und Eure Charlotte Quik



Stichwahl: Eine von den Bürgerinnen und Bürgern nicht angenommene Wahl wird abgeschafft

Der Landtag hat es in dritter Lesung beschlossen: Zur Kommunalwahl 2020 werden die Stichwahlen abgeschafft. Jetzt herrscht Klarheit. Die Zahlen der vergangenen Kommunalwahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Die Beteiligung an den Stichwahlen ist zurückgegangen. Zudem wuchs die Zahl erfolgreicher Bewerber im ersten Wahlgang, deren Stimmenzahl ging aber gleichzeitig zurück. Diesem Umstand tragen wir nun Rechnung und stärken damit die demokratische Legitimation der Amtsträger.

Obwohl die Faktenlage eindeutig ist, veranstalteten SPD und Grüne in Ausschüssen

und im Plenum ein parteitaktisches Theater. Das Gesetz wurde intensiv im Landtag beraten. Kritik von Sachverständigen am Gesetzentwurf wurde in Änderungsanträgen von CDU und FDP berücksichtigt. Der Verfassungsgerichtshof des Landes NRW hat 2009 klargestellt, dass der Gesetzgeber bei der konkreten Ausgestaltung der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten über Gestaltungsspielraum verfügt. Die Wahlbeteiligung bei den Stichwahlen war bei den vergangenen Wahlen signifikant niedriger als im ersten Wahlgang, somit sorgt sie nicht für größere Legitimation von Bürgermeistern und Landräten.



Scholz lässt die Kommunen im Stich

Bundesfinanzminister Olaf Scholz plant, die Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten der Länder und Kommunen radikal zu kürzen. Eine Kürzung der Flüchtlingsmittel ist verantwortungslos. Bundesfinanzminister Scholz legt damit die Axt an eine solidarische Gesellschaft und die kommunale Selbstverwaltung. Wer allen Ernstes plant, die derzeitige Unterstützung der Flüchtlingskosten von 4,7 Milliarden Euro auf rund 1,3 Milliarden Euro zusammenzustreichen, stößt die wehrlosen Kommunen

vor den Kopf! Ohne Not verschärft der Bundesfinanzminister die Situation bei einer bereits heute unterfinanzierten Gemeinschaftsaufgabe.

Erstmals wurde von der NRW-Koalition die Integrationspauschale des Bundes vollständig an die Kommunen weitergereicht. Von Rot-Grün gab es keinen Cent. Und wieder plant nun mit Herrn Scholz ein roter Finanzminister einen Angriff auf die Integrationsleistungen, von denen auch der Kreis Wesel profitieren soll. Wir in Nordrhein-Westfalen werden uns dagegen zur Wehr setzen.

Enteignung schafft keinen Wohnraum

Wer Forderungen nach Enteignungen ernsthaft als geeignetes Mittel gegen Wohnungsnot bezeichnet, handelt schlichtweg verantwortungslos. Durch Enteignungen oder die Verstaatlichung von Wohnungsgesellschaften entsteht keine einzige zusätzliche Wohnung. Ganz im Gegenteil: Durch zwangsläufige Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe würde so weniger Geld für die öffentliche Förderung von Wohnraum, und damit für den Bau neuer Mietwohnungen, zur Verfügung stehen. Die NRW-Koalition ist davon überzeugt, dass nur ein Mehr an Wohnraum nachhaltig dazu beiträgt, den Wohnungsmarkt zu entspannen und die Preise zu stabilisieren. Wir arbeiten an gezielten Konzepten zur Baulandgewinnung, um so Anreize für Investoren zu setzen.

Der aktuelle, starke Bedarf an Wohnraum ist das Ergebnis verfehlter rot-grüner Woh-

nungsbaupolitik. Wer die Flächen verknappt, muss sich nicht wundern, dass die Mieten hoch sind. Daher stellen wir mehr Flächen zur Verfügung. Denn nur durch den Bau von neuen Wohnungen kommen wir bei der Lösung des Problems voran. Allein im Jahr 2019 stehen fast 1,3 Milliarden Euro für die Schaffung und Erhaltung von preisgebundenem Wohnraum zur Verfügung – so viel wie noch nie. Allein 17 Millionen fließen davon in unseren Heimatkreis Wesel! Wir wollen den Menschen in unserem Land eine Perspektive geben, so zu wohnen, wie sie wollen – im Eigenheim und in bezahlbaren Mietwohnungen. Doch vertikales Wohnen kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht gut an.

Damit ist das neue Motto der SPD aus der Mottenkiste „Es lebe der Plattenbau“ an den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen

völlig vorbeigedacht. Auch die pauschale Verurteilung von Vermietern durch Rot-Grün trifft besonders die bundesweit etwa 3,9 Millionen privaten Kleinvermieter. Eigentum verpflichtet, stellt aber nicht unter Generalverdacht.



Rechtssicherheit ohne Upload-Filter gewährleisten

Der Landtag hat über die Digitalisierung der Europäischen Union debattiert, dabei auch über den Einsatz von Upload-Filtern. Die NRW-Koalition will eine Balance zwischen Meinungsvielfalt und Informationsfreiheit sowie dem Schutz geistigen Eigentums auch in der digitalen Welt sicherstellen. Wir brauchen mehr Rechtssicherheit für alle Beteiligten: Urheber, Verwerter, Plattformen und Nutzer. Die Rechtssicherheit soll dabei ohne Upload-Filter gewährleistet werden!

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen interessieren sich besonders für die Debatte über die EU-Urheberrichtlinie: Die Kreativwirtschaft des Medienstandortes NRW beschäftigt circa 412.000 Mitarbeiter. Ihre kreative Arbeit, von denen viele Plattformen profitieren, gilt es zu schützen. Auf der anderen Seite haben wir viele junge Menschen, die Plattformen wie YouTube als Nutzer und Produzenten nutzen und auf kreativen Leistungen anderer aufbauen. Beide Interessen wollen wir in einen fairen Ausgleich bringen.

Die Kritik an Artikel 13 der EU-Urheberrichtlinie nehmen wir ernst. Für die Durchsetzung

von Urheberrechten sehen wir Upload-Filter nicht als geeignetes Mittel an. Der Lösungsvorschlag der Union zeigt einen anderen Weg auf: Durch Rahmenverträge, pauschale Lizenzsysteme und digitale Fingerprints von Werken können wir für einen besseren Schutz von geistigem Eigentum sorgen. Die CDU hat somit als einzige Partei ein wirksames Konzept vorgestellt. Es ist einfach umzusetzen und bietet Urhebern und Nutzern den notwendigen Schutz.

Groß war das Interesse am Infoabend zur Heimatförderung mit Staatssekretär Dr. Jan Heinisch

Am Dienstag, 9. April, hatte ich im Rahmen der Kampagne „Unsere Heimat. Unsere Werte.“ der CDU Kreis Wesel in die „Wacht am Rhein“ in Wesel-Büderich eingeladen. Über 60 Interessierte wollten die Informationen aus erster Hand erfahren, der Saal war rappellvoll, es mussten noch Stühle dazugestellt werden.

Hauptredner des Abends war Dr. Jan Heinisch, Staatssekretär im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen. Seine Botschaft war eindeutig. Er munterte die Gäste – unter anderem Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Vereinen, Vereinigungen und Organisationen - auf, Förderanträge zu stellen: „Seien Sie kreativ! Stellen Sie Anträge. Allein mit dem Förderprogramm ‚Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen.‘ wird die Landesregierung bis 2022 rund 150 Millionen Euro zur Verfügung stellen.“ Während seines Vortrages betonte Heinisch noch einmal die Bedeutung des Begriffs „Heimat“. Eine repräsentative Umfrage komme zu dem Ergebnis, so der Gast aus der Landeshauptstadt, „dass mehr als 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland – darunter alle Altersklassen – das Thema ‚Heimat‘ für wichtig erachten. Die Welt dreht sich immer schneller. Die Heimat ist ein Gegenpol.“ Er verwies insbesondere auch auf den Heimat-Scheck, der kleine Projekte und Ideen mit 2000 Euro fördert. Er könne online unbürokratisch beantragt werden, so Heinisch, und erfreue sich großer →



Beliebtheit. Von der Resonanz war ich begeistert und habe mich über die vielen Teilnehmer, den inhaltsreichen Vortrag und die guten Diskussionen gefreut. Der Abend hat deutlich gezeigt, dass die Heimatförderung der NRW-Koalition und der Landesregierung der richtige Weg sind. Wir haben hier im Kreis Wesel beste Voraussetzungen für Förderungen. Die sollten wir gemeinsam nutzen.

Das Förderprogramm „Heimat.Zukunft.Nordrhein-Westfalen.“ umfasst fünf Elemente. Mit

dem Heimat-Scheck sollen kleine, häufig spontane Ideen mit 2.000 Euro gefördert werden. Mit dem Heimat-Preis können Kommunen und Kreise Organisationen bzw. Projekte auszeichnen. Heimat-Werkstätten sollen Menschen miteinander ins Gespräch bringen über das, was ihre Heimat prägt und ausmacht. Der Heimat-Fonds unterstützt die Spendenakquise von Vereinen und Initiativen. Mit dem Heimat-Zeugnis soll die Schaffung von Lern-Orten, an denen Heimat(-geschichte) erfahrbar wird, gefördert werden. Zu solchen ‚Zeugen‘

gehören auch virtuelle Museen über historische Orte. Darüber hinaus bietet das Land Nordrhein-Westfalen zahlreiche weitere Förderprogramme an.

**Informationen gibt es auf der Homepage des Ministeriums:
www.mhkgb.nrw**

Denkmalpflege erhält unser kulturelles Gedächtnis Über eine halbe Million Euro für den Kreis Wesel

Baudenkmäler sind ein Teil unseres kulturellen Gedächtnisses und prägen unser Stadtbild. Besonders erfreulich ist daher die Nachricht, dass der Kreis Wesel vom Land Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr insgesamt 534.500 Euro erhält, um so die identitätsstiftenden Baudenkmäler zu pflegen. Die Fördermittel setzen sich aus Pauschalmitteln und Einzelförderungen zusammen. Die Pflege und die Instandhaltung unserer Denkmäler sind für die NRW-Koalition besonders wichtig. Durch die Erhöhung der Fördermittel soll auch das große Engagement der Privatmenschen unterstützt werden. Denn 80 Prozent der Baudenkmäler in unserem Land werden von Privatleuten unterhalten. Ihnen möchte ich an dieser Stelle noch einmal meinen Dank und Respekt für ihr Engagement aussprechen.

Hintergrund:

Die Fördermöglichkeiten über Pauschalmittel werden von einigen Kommunen angeboten. Diese Förderung besteht zu gleichen Teilen aus Fördermitteln des Landes und Eigenmitteln der Kommune. Die Kommunen entscheiden nach eigenem Ermessen über die Verteilung der Mittel. Denkmaleigentümer können diese Förderung für kleine Pflegemaßnahmen direkt bei der Kommune beantragen.

Insgesamt investiert die NRW-Koalition 10,8 Millionen in die Denkmalpflege von Nordrhein-Westfalen. Die Pauschalmittel des „Denkmalförderprogramm 2019“ wurden noch einmal um 200.000 Euro auf 1,5 Millionen Euro erhöht. Rund 9,3 Millionen Euro werden für dringend notwendige Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen als Einzelförderung zur Verfügung gestellt. Zusätzlich beteiligt sich das Land an den Restaurierungsarbeiten an Kirchenbauten von

besonderer Bedeutung wie etwa dem Kölner Dom oder St. Maria zur Wiese in Soest mit weiteren 1,5 Millionen Euro und an der Arbeit der Jugendbauhütten mit 100.000 Euro.

Konkret erhalten folgende Kommunen im Kreis Wesel eine Förderung:

Kreis Wesel gesamt: 534.500 Euro (530.00 Einzelförderung, 4.500 Pauschalmittel)

Alpen: 120.000 Euro

Dinslaken: 100.000 Euro

Hammerkeln: 100.000 Euro

Hünxe: 70.000 Euro

Kamp-Lintfort: 50.000 Euro

Voerde: 2.000 Euro (Pauschalmittel)

Wesel: 2.500 (Pauschalmittel)

Xanten: 90.000 Euro

Mehr Geld für Landesstraßen im Kreis Wesel

Im Haushalt 2019 sind alleine für den Erhalt unserer Landesstraßen 175 Millionen Euro vorgesehen. Die NRW-Koalition wird auch weiterhin verstärkt in den Erhalt von Landesstraßen investieren. Für den Kreis Wesel stehen 5,35 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind über 1,2 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr und fast zwei Millionen mehr als im Jahr 2017. Das entspricht einer Steigerung von über 50 Prozent gegenüber dem letzten Landesstraßenerhaltungsprogramm der Vorgängerregierung. Wir holen weiterhin mit Hochdruck die Versäumnisse auf.

Viel zu lange hatten SPD und Grüne das Verkehrsnetz in Nordrhein-Westfalen auf Verschleiß gefahren. Investitionen in diesem Bereich wurden sträflich vernachlässigt. Auch der Landesrechnungshof hatte bereits vor Jahren gefordert, die Höhe der Investitionsmittel für den Erhalt und Ausbau unserer Landesstraßen dynamisch anzuheben. Wir wollen den Substanzverzehr stoppen und investieren daher in diesem Jahr noch einmal verstärkt in die dauerhafte Verbesserung des Landesstraßennetzes. Landesstraßen sind wichtige Verbindungen im ländlichen Raum. Von dem vorliegenden Programm zum Erhalt unserer Landesstraßen profitieren aber nicht nur die Autofahrerinnen und Autofahrer im Kreis Wesel, sondern es werden auch die Geh- und Radwege an Landstraßen saniert sowie Ampelschaltungen digitalisiert. Wir halten damit unser Versprechen und stärken die Verkehrsinfrastruktur, damit Nordrhein-Westfalen wieder in Bewegung kommt.

Für 2019 sind folgende konkrete Maßnahmen geplant:

L1 Hünxe: Bauwerkssanierung Wesel-Datteln-Kanal und Sanierung der Lippebrücke für 650.000 €

L4 Dinslaken: Fahrbahn und Lichtsignalanlagen-Erneuerung im Knoten Rahmstraße/Dinslakener Straße auf einer Länge von 200 Metern für 250.000 €

L7 Wesel bis Emmerich: Erneuerung der wegweisenden Beschilderung für 125.000 €

L 104 Schermbeck: Anpassung des Querschnitts in der Maassenstraße auf einer Länge von 50 Metern für 300.000 €

L 140 Neukirchen-Vluyn: Deckensanierung auf einer Länge von einem Kilometer für 800.000 €

L 460 Sonsbeck: Radwegssanierung auf einer Länge von 3,1 Kilometern für 550.000 €

L 462 Dinslaken: Fahrbahnsanierung auf einer Länge von 700 Metern für eine Million €

L 463 Hünxe – Schermbeck-Gahlen: Fahrbahnsanierung auf einer Länge von drei Kilometern für 700.000 €

L 491 Kamp-Lintfort: Sanierung der Ortsdurchfahrt auf einer Länge von 1,7 Kilometern für 700.000 €

L 491 Alpen-Bönninghardt: Deckensanierung B58 bis zur K20 auf einer Länge von 500 Metern für 280.000 €

Hintergrund:

Das NRW-Verkehrsministerium hat das Landesstraßenerhaltungsprogramm veröffentlicht. Darin sind 175 Millionen Euro für den Landesstraßenerhalt vorgesehen. Das sind 47,5 Millionen Euro mehr als im letzten Haushalt unter Rot Grün und entspricht einem Zuwachs von 37 Prozent. Die Mittel für den Erhalt sollen auch in den kommenden Jahren weiter ansteigen und noch in dieser Legislaturperiode auf über 200 Millionen Euro jährlich erhöht werden.



Drei Tage lang Politik hautnah erleben Jetzt bewerben für den nächsten „Jugend-Landtag“

Vom 4. bis 6. Juli 2019 wird in der Landeshauptstadt Düsseldorf der nächste Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen stattfinden. Der Landtag NRW möchte so Jugendlichen die Möglichkeit geben, Politik und Demokratie hautnah erleben zu können. Eine Jugendliche oder ein Jugendlicher im Alter von 16 bis 20 Jahren aus meinem Wahlkreis (Hammerkeln, Hünxe, Schermbeck, Wesel und Voerde) darf mich dann im Parlament drei Tage lang „vertreten“. Sämtliche Kosten – auch Übernachtung und Verpflegung – werden vom Landtag übernommen (Fahrtkosten werden anteilig erstattet). Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende oder junge Berufstätige direkt bei Charlotte Quik. Denn jede/r Abgeordnete kann aus seinem Wahlkreis einen jungen Menschen einladen.

Seit 2008 findet der dreitägige „Jugend-Landtag“ im Düsseldorfer Parlament statt. Dabei werden die parlamentarischen Abläufe von Fraktionssitzungen über Ausschuss-Sitzungen bis hin zur Plenarsitzung nachgestellt. Tausende Jugendliche konnten seitdem in die Rolle der Abgeordneten schlüpfen und den Arbeitsalltag eines Politikers/ einer Politikerin selbst erleben. Ziel ist es, über die parlamentarische Arbeit zu informieren und zu langfristigen politischem Engagement zu ermuntern.

Auch der zehnte Jugend-Landtag wird sich mit aktuellen Themen beschäftigen. Die Beschlüsse der „Jugend-Landtagsabgeordneten“ werden den Abgeordne-



ten des realen Parlaments anschließend zur Kenntnis gegeben. Unter anderem ist während des dreitägigen Programms auch ein parlamentarischer Abend mit den „echten Abgeordneten“ geplant.

Ausreichend für die Bewerbung sind eine Mail, ein Fax oder ein Brief mit (E-Mail-) Adresse, Altersangabe sowie einer kurzen Erläuterung, warum man beim Jugend-Landtag mitmachen möchte. Bewerbungsschluss ist der 14. Mai 2019.

Weitere Informationen zum Jugend-Landtag sind erhältlich beim Sachbereich „Schülerprogramme, Jugendparlament“ des Landtags NRW, Dorothea Dietsch, Telefon: 0211/884-2450, Mail: dorothea.dietsch@landtag.nrw.de.

Bewerbungen bitte an:

Schriftlich:
Wahlkreisbüro Charlotte Quik MdL
z.Hd. Herrn Elmar Venohr
Van-Gent-Straße 3
46483 Wesel

Per E-Mail:
elmar.venohr@landtag.nrw.de

Per Fax:
0281/ 4757 2837

Ein starkes Stück Heimat: Säfte der Kelterei van Nahmen werden in der NRW- Landesvertretung in Berlin und in der Staatskanzlei in Düsseldorf angeboten

Zusammen mit den Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss und Bernd Reuther (FDP) hatten wir uns vor einiger Zeit auf Initiative von Bernd Reuther mit einem Schreiben an NRW-Ministerpräsident Armin Laschet gewandt. Darin wir uns gemeinsam für die heimischen Produkte der Privatkelterei van Nahmen in Hamminkeln ein und baten den Ministerpräsidenten, die qualitativ hochwertigen Säfte doch künftig auch in der NRW-Landesvertretung in Berlin anzubieten. Beim Bürgerfest des Bundespräsidenten auf Schloss Bellevue wurden die Säfte aus Hamminkeln bereits seit Jahren ausgeschenkt. Die Initiative wurde nun von Erfolg gekrönt. In dem Schreiben des Ministerpräsidenten heißt es unter anderem: „Auch mir ist es natürlich ein großes Anliegen, bei möglichst vielen Gelegenheiten Produkte aus unserer nordrhein-westfälischen Heimat zum Einsatz zu bringen und auf diese Weise dazu beizutragen, traditionsreiche und für handwerkliches Können bekannte Familienunternehmen wie das der Familie van Nahmen zu stärken. Sowohl in der Staatskanzlei als auch in unserer Landesvertretung in Berlin werden nicht allein deshalb, sondern vor allem wegen ihrer herausragenden Qualität die Fruchtsäfte aus dem Hause van Nahmen angeboten.“ Im Sommer, so der Ministerpräsident weiter, sei übrigens in Düssel-



(v.l.) Bernd Reuther MdB, Sabine Weiss MdB, Charlotte Quik MdL und Inhaber Peter van Nahmen im Verkaufsraum der Obstkelterei van Nahmen in Hamminkeln.

dorf der alkoholfreie Frucht-Secco hinzugekommen und erfreue sich bei den Gästen großer Beliebtheit.

Sabine Weiss, Bernd Reuther und ich sind hochzufrieden. In der 3. und 4. Generation hält der Betrieb van Namen an bewährter, hand-

werklicher Mostkunst fest und keltert alle hiesigen Früchte selbst. Das ist ein starkes Stück Heimat – auch in Düsseldorf und Berlin.

WERKSTATTGESPRÄCH

Das Werkstattgespräch der CDU-Fraktion, an dem auch ich teilgenommen habe, stand unter dem Motto „Kein Kind in Armut! Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen gemeinsam entgegenreten“. Impulsgeber für das Werkstattgespräch waren Sozialminister Karl-Josef Laumann, Prof. Dr. Irene Gerlach, wissenschaftliche Leiterin des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik, und Dr. Regina von Görtz, Projektleiterin „Lebenswerte Kommune“ der Bertelsmann Stiftung.

Die Entwicklung der Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen ist dramatisch und auf einem neuen Höchststand: Beinahe jedes fünfte Kind ist arm. „Kein Kind zurücklassen!“ war einmal das zentrale Projekt von Rot-Grün und der damaligen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Die dramatischen Zahlen der Jahr für Jahr wachsenden Zahl der Kinder in Armut lassen jedoch leider am Erfolg zweifeln. Für die NRW-Koalition liegt der Schlüssel gegen Kinderarmut bei einem integrierten Ansatz aus Wirtschafts-, Familien- und Bildungspolitik. Der Austausch zwischen den Experten, Gästen und Abgeordneten hat gezeigt, dass wir uns damit auf dem richtigen Weg befinden. Kinderarmut ist mit zwei wesentlichen Faktoren zu erklären: die Familienstruktur und nicht vorhandene Elternerwerbstätigkeit. Hauptziel der Politik muss es daher sein, Eltern in die Erwerbstätigkeit zu bringen. Vor allem muss die Müttererwerbstätigkeit gesteigert werden. Daher schaffen wir als NRW-Koalition die Rahmenbedingungen



Der Arbeitskreis Familie, Kinder, Jugend der CDU-Landtagsfraktion beim Werkstattgespräch.

damit Wirtschaft und Arbeitsmarkt sich weiter gut entwickeln. Denn gute Arbeitsplätze sind die beste Armutsbekämpfung. Außerdem wollen wir mehr Anreize für den Ausbau einer familienbewussteren Personalpolitik bei den Arbeitgebern schaffen.

Darüber hinaus können mit dem neuen Landesprogramm „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“ Einzelinitiativen vor Ort Kinderarmut entschärfen. Die 8 Millionen Euro Fördergelder sorgen dafür, dass die Hilfe genau da ankommt, wo sie auch gebraucht wird. Denn gerade Kinder armer Familien werden häufig schlechter von unter-

stützenden Angeboten erreicht als andere. Dafür ist die bessere Aufklärung über Hilfsangebote ein weiterer wichtiger Faktor. Wenn sich beispielsweise Familien an ihren Arzt wenden und ihre Sorgen teilen, müssen diese besser informiert werden, welche staatlichen Anlaufstellen für die familiäre Versorgung geeignet sind. Die vielen konstruktiven und inhaltlich verfolgungswerten Anregungen nehmen wir nun mit und lassen sie in unsere parlamentarische Arbeit einfließen.

LANDTAGSBESUCHE

Junge Union Kreis Wesel zu Gast im Landtag

Mitglieder der Jungen Union Kreis Wesel und Gäste waren auf meine Einladung zu Besuch im Landtag. Das spricht eindeutig für das Interesse an der Landespolitik. Ich konnte krankheitsbedingt nicht mit meiner Besuchergruppe diskutieren. Dankenswerterweise hat mich mein Kollege Heinrich Frieling vertreten, Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Soest I, zu dem Bad Sassendorf, Ense, Lippetal, Möhnese, Soest, Werl, Welver und Wickede gehören. Nachdem die Gruppe unter Leitung von Frederik Paul, dem JU-Kreisvorsitzenden, den Landtag betreten hatte, begann das Informationsprogramm des Besucherdienstes. Anschließend erlebten die Gäste auch eine Debatte im Plenarsaal. Nach diesen Eindrücken von der Besuchertribüne im Plenum trafen sie im Anschluss Heinrich Frieling zu einer angeregten Diskussion über die parlamentarische Arbeit in der Landespolitik. Heinrich Frieling gehört unter anderem dem Innenausschuss des NRW-Landtags an.

Nach einer Stärkung in der Landtagskantine nutzte die Gruppe die Gelegenheit zu einem Besuch der Düsseldorfer Altstadt. Frederik Paul zog eine positive Bilanz des Tages: „Wir haben sehr viele gute Eindrücke aus Düsseldorf mitgenommen. Schön, dass wir die Fahrt nicht ausschließlich für Mitglieder der Jungen Union organisiert haben,



Die Gäste mit Heinrich Frieling MdL (rechts).

sondern auch Interessierte aller Altersklassen daran teilnehmen konnten. Auch waren Jugendliche mit dabei, die noch nicht in der Jun-

gen Union sind – aber es vielleicht nach dem Erlebnis sein werden.“

LANDTAGSBESUCHE

Besuch aus der Heimat: Andreas-Vesalius-Gymnasium Wesel zu Gast in Düsseldorf

Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 sowie die Lehrer Miriam Lenz und Stefan Dahlke des Andreas-Vesalius-Gymnasiums Wesel waren auf Einladung von mir zu Gast im Landtag Nordrhein-Westfalen und nahmen am Girls' and Boys' Day teil. Ich freue mich sehr, dass in diesem Jahr das Weseler Andreas-Vesalius-Gymnasium meine Einladung angenommen hat. Im vergangenen Jahr waren Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonal der Gesamtschule Hünxe zu Gast im nordrhein-westfälischen Landesparlament. Die Veranstaltung ist eine sehr gute Gelegenheit zur beruflichen Orientierung. Es muss nicht sein, dass Jungen überwiegend in technischen und Mädchen in sozialen Berufen arbeiten. Durch so eine Veranstaltung können Schülerinnen und Schüler den beruflichen Blick auf Dinge werfen, an die sie bislang noch nicht gedacht haben. Der Girls' and Boys' Day im Landtag wirbt für den anderen Blick auf die Berufe. Nachdem die mehr als 600 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen sieben bis 13 mehr über die Arbeit des Landesparlaments erfahren hatten, konnten sie an zahlreichen Ständen in der Wandel- und Bürgerhalle mehr über unter-

schiedliche Studiengänge und Ausbildungsberufe erfahren. Neben Polizei, Feuerwehr und Bundeswehr waren auch technische und medi-

zinische Studiengänge sowie Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Handwerk und Pflege vertreten.



QUIK UNTERWEGS



Die Gindericher möchten eine Ampel an der Imgrund-Kreuzung an der L 460. Ich kann das gut nachvollziehen und werde mich diesbezüglich an unseren Verkehrsminister Hendrik Wüst wenden.



Auf der Jahreshauptversammlung der JU Schermbeck wurde Florian Weßel als Vorsitzender wiedergewählt.



Mit dem CDU-Ortsverband Drevenack/ Krudenburg auf Winterwanderung.



Der CDU-Ortsverband Schermbeck zeigte sich bereit für die Wahl. Es war wieder ein tolles Heringessen. (v.l.) Mitgliederbeauftragter Sebastian Püthe, Dr. Stefan Berger, Ortsverbandsvorsitzender Marc Lindemann und neben mir der Gemeindeverbandsvorsitzende Uli Stierner.

QUIK UNTERWEGS



Ohne Handwerk ginge nix: Daher war ich gerne zu Gast bei der Lossprechungsfeier der Innung Sanitär Heizung Klima Kreis Wesel.



Dorfarchiv goes 4.0: Mit einem Heimatscheck aus dem Förderprogramm hat das Dorfarchiv in Sachen Hardware gut aufgerüstet. Einen schönen Dank an die BIG Spellen.



Die Klausurtagung der CDU Niederrhein war ein voller Erfolg. Hier ein Schnappschuss mit Timo Juchem und Sven Ladeck.



Ein Highlight des traditionellen Heringssessens der CDU Ham-minkeln war der Auftritt des Bocholter Landschweins.

QUIK UNTERWEGS



Was kann die EU gegen die Krähenplage auf dem Dingener Friedhof tun? Um diese praktische Frage ging es beim Ortstermin mit unserem Europakandidaten Dr. Stefan Berger. Links: der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Norbert Neß.



Um die angespannte Verkehrssituation ging es beim Ortstermin am KDG Wesel. Unter anderem mit dabei: die stv. Bürgermeisterin Birgit Nuyken und Frank Schulten, verkehrspolitischer Sprecher der CDU Ratsfraktion Wesel.



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.

Charlotte Quik MdL
 Platz des Landtags 1
 40221 Düsseldorf

Kontakt

Landtagsbüro: 0211/ 884 4328
 Wiss. Mitarbeiter Thomas Eusterfeldhaus
 thomas.eusterfeldhaus@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro: 0281/ 4757 2835
 CDU-Kreisgeschäftsstelle
 Van-Gent-Straße 3
 46483 Wesel
 Wiss. Mitarbeiter Elmar Venohr
 elmar.venohr@landtag.nrw.de